

### V23-Beschluss: Grundsätzlich unverdächtig

Antragsteller\*in: GJ BUKO  
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

#### Antragstext

2261 Die CSU möchte in Bayern die Befugnisse der bayerischen Polizei mit der zweiten  
2262 Novelle des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) innerhalb eines Jahres massiv  
2263 ausweiten. Schon mit der PAG-Novelle im Juli 2017 wurde mit der Einführung des  
2264 Begriffs der "drohenden Gefahr" die Grundlage für präventive polizeiliche  
2265 Maßnahmen geschaffen. Diese neue polizeirechtliche Kategorie ermöglicht eine  
2266 starke Absenkung der Schwelle für massive Eingriffe der Polizei in Grund- und  
2267 Bürger\*innenrechte. Es muss gar kein Verdacht auf eine konkrete Gefahr oder eine  
2268 Straftat vorliegen; der Polizei kann mit dieser Kategorie ein Eingreifen schon  
2269 dann ermöglicht werden, wenn sie nur glaubt, dass von einer Person in Zukunft  
2270 eine Gefahr ausgehen könnte. Die GRÜNE JUGEND lehnt die Kategorie der "drohenden  
2271 Gefahr" ab und setzt sich für ihre Abschaffung ein.

2272

2273 Zudem können Menschen seit Juli 2017 in Bayern quasi unbegrenzt präventiv in  
2274 Haft genommen werden, wenn die Polizei bei ihnen von einer "drohenden Gefahr"  
2275 ausgeht. Diese Möglichkeit der Inhaftierung öffnet trotz der alle drei Monate zu  
2276 erfolgenden richterlichen Überprüfung Tür und Tor für eine missbräuchliche  
2277 Anwendung, mit der auch politisch missliebige Personen mundtot gemacht werden  
2278 könnten. Die GRÜNE JUGEND setzt sich deswegen dafür ein, präventive  
2279 Ingewahrsamnahme soweit wie möglich zu beschränken.

2280

2281 Aufbauend auf der Gesetzesänderung von 2017 wird zurzeit an der zweiten Novelle  
2282 des PAG gearbeitet, die am 25. Mai 2018 in Bayern in Kraft treten soll. Damit  
2283 möchte die CSU die Polizei mit Geheimdienstbefugnissen und weiteren Kompetenzen  
2284 ausstatten: Beispielsweise soll die Polizei Menschen ohne richterliche  
2285 Vorkontrolle bei "drohender Gefahr" zur Abgabe von DNA-Proben zwingen können  
2286 oder Handgranaten leichter einsetzen dürfen. Zudem soll bei Videoüberwachung  
2287 automatische Gesichtserkennung eingeführt werden. Demonstrationen sollen  
2288 anlasslos videoüberwacht werden dürfen - auch mit Drohnen. Damit würde das  
2289 Demonstrationsrecht faktisch eingeschränkt. Die Polizei könnte ohne den  
2290 konkreten Verdacht auf eine Straftat Briefe öffnen, elektronische Daten der  
2291 Betroffenen auslesen und sogar verändern. Das bestehende  
2292 Auskunftsverweigerungsrecht bestimmter Berufsgruppen wie Journalist\*innen oder  
2293 Ärzt\*innen soll drastisch eingeschränkt werden. Solcherlei Befugnisse für die  
2294 Polizei und Überwachungsmaßnahmen lehnt die GRÜNE JUGEND entschieden ab. Wir  
2295 wollen eine freie Gesellschaft, die Wahrung der Grundrechte und keinen  
2296 Überwachungsstaat! Die GRÜNE JUGEND fordert den bayerischen Landtag deshalb auf,  
2297 dieses Gesetz nicht zu beschließen. Sollte der Landtag das Gesetz wie zu  
2298 erwarten verabschieben, werden wir uns dafür einsetzen, dass es sobald wie  
2299 möglich rückgängig gemacht wird und Klagen gegen das Gesetz nach Möglichkeit  
2300 unterstützen.

2301

2302 Weitere, ähnliche Gesetzesvorhaben stehen auch in den Bundesländern Sachsen,  
2303 Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen an. Im Bund möchte das Innenministerium

2304 ein bundesweites Musterpolizeigesetz nach bayerischem Vorbild erstellen.

2305

2306 Die GRÜNE JUGEND stellt sich gegen alle Bestrebungen, nach dem Vorbild des  
2307 geplanten bayerischen Polizeiaufgabengesetzes ähnliche Neuerungen auch auf  
2308 Bundesebene und in anderen Bundesländern einzuführen, insbesondere gegen ein  
2309 Polizeiaufgabenmustergesetz nach bayerischem Vorbild auf Bundesebene. Die GRÜNE  
2310 JUGEND unterstützt Proteste in Bayern und anderen Bundesländern, die sich gegen  
2311 das neue PAG und weitere, ähnliche Gesetze richten.